

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Brückstraße 4/6, durch die Subskriptions-Expedition: Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstellen, Zigarrengeheiß Reichstr. 14, Matthesstraße 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Verkaufspreis 10 Pfennig. Für die Woche vom 4. bis 10. November: 0,40 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Verantwortlicher Redakteur: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 5 Milliarden, aus dem Ausland 1,2 Milliarden, aus dem Ausland 1,8 Milliarden. Anzeigen und Text 5 Milliarden, aus dem Ausland 1,2 Milliarden, aus dem Ausland 1,8 Milliarden. Familienanzeigen, Stellenangelegenheiten, Verdingungs- u. Wohnungsangelegenheiten 500 Millionen. Anzeigen pro Wort 200 Millionen, das letzte Wort 400 Millionen. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Brückstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Die Drohung aus Bayern

brachte am Sonnabend in Berlin das Gerücht auf, Kahr habe bereits ein Ultimatum an die Reichsregierung gestellt. Tatsächlich hat nicht Kahr, wohl aber der Hitlerische Kampf und eine ultimative Drohung an die Reichsregierung gerichtet, deren Inhalt man sich einigermaßen vorstellen kann. Fordern ja auch die rechtsradikalen Blätter in Norddeutschland sofortige Beseitigung aller „Marxisten“, vor allem natürlich Eberts und Severings, dann aber auch aller Bürgerlichen, die mit Marxisten zusammengearbeitet haben, aus den verantwortlichen Stellen. Bei den Arbeitern sucht man gleichzeitig Ebert dadurch um sein Ansehen zu bringen, daß man die Lüge weiter verbreitet, er habe die Abjurgation der Regierung Zeigner vorgeschrieben, die bekanntlich durch Rechtsbruch Dr. Heines erfolgte und auf Grund von Eberts Ausnahmeverordnung rechtlich unzulässig war. Die Rüstungen an der bairisch-schlesischen Grenze gehen inzwischen fort. Der Reichswehrminister hat Feststellungen darüber treffen lassen, aber nicht veröffentlicht. Nach unseren Informationen sind mindestens 10 000 Mann dort versammelt, ohne daß bisher die Reichsregierung, geschweige denn die bayerische, irgendwelche Maßnahmen gegen diese offene Handenbildung zum Zweck des Umhurzes der republikanischen Verfassung getroffen hätte. Dabei sind doch 10 000 Hitlerbanditen wahrhaftig leicht genug in Deutschland auseinanderzutreiben, wenn man sich nur auf die Massen des werktätigen Volkes gegen sie stützen wollte! Statt dessen hat man die Arbeiter durch das Vorgehen gegen Sachsen und das Schleißenlassen

der Zügel des Wirtschaftslebens verbittert und die Sozialdemokratie durch Nichterfüllung von Forderungen, die auch beachtliche bürgerliche Stimmen aus dem Lager des Zentrums und der Demokraten für durchaus erfüllbar erklärten, aus der Reichsregierung herausmanövriert.

Trotzdem: die Arbeiter wissen aus Bayern, Ungarn, Bulgarien, Italien ganz genau, was ihnen von den Hafenzüglern droht: das Ende jeder Streik- und Koalitionsfreiheit, die Beseitigung der letzten legalen Hemmungen des primitivsten Schieberkapitalismus, die Niedermordung von tausenden von Proletariern, der nackte Hungertod für Millionen. Sie haben schon in den letzten Monaten einen Vorgeschmack davon bekommen, je mehr die Macht der rechtsstehenden Kreise steigt. Herr Stresemann andererseits konnte sich an den fünf Fingern abzählen, daß die Hitlerleute auch ihn in Berlin nicht dulden würden, der doch den Abbruch des Ruhrkampfes herbeiführte. Die Frage ist aber, ob seine nationalliberale Seele zu irgendwelchen harten Entscheidungen gegen rechts aufraffen kann. Wenn nicht, wird allerdings leichter er verschwinden als die deutsche Klassenbewußte Arbeiterkraft!

In Reichs-Regierungskreisen besteht die Ansicht, in Betracht der drohenden Ruhrgefahr von rechts einen Aufmarsch an das deutsche Volk zu richten und zur Unterdrückung der erst notwendig werdenden Abwehrmaßnahmen aufzufordern. Vor wenigen Tagen noch lehnte Herr Geppert den Eintritt von 50 000 gedienten Gewerkschaftlern in die Reichswehr ab.

Schlechte Aussicht für die internationale Sachverständigenkonferenz.

Neuter erzählt, daß die britische Regierung jetzt die Antwort Poincarés darüber erwartet, ob er bereit ist, seine Bedingungen abzuändern. Hier herrscht der Eindruck, daß, wenn die Einladung der Alliierten an Amerika bezweckungslos bleibt, die Sachverständigen lediglich eine Untersuchung über die jetzige Zahlungsfähigkeit Deutschlands und nicht über die Zahlungsfähigkeit in der nächsten Zukunft anstellen können, die Besprechungen keinen Zweck haben würden.

Wiedereinführung der Brotkarte in Berlin!

Amlich meldet WTB: Der preussische Landwirtschaftsminister hat mit Zustimmung des Reichsernährungsministers den Magistrat Berlin auf Grund des § 6 der Verordnung über Nahrungsvorräte vom 13. Juli 1923 ermächtigt, Bestimmungen über den Umfang der Bezugsberechtigung für Brot sowie darüber zu treffen, wie sich die Bezugsberechtigten auszuweisen haben. Auf Grund dieser Ermächtigung hat der Magistrat angeordnet, daß Brot nur noch auf Brotkarte abgegeben werden darf. Näheres wird noch bekanntgegeben werden.

Diese außerordentlich erzwungene Maßnahme der preussischen Regierung und des Berliner Magistrats, über die Einzelheiten wohl erst Montag bekannt werden, wird hoffentlich der ebenso tyrannischen wie unsozialen Brothamsterlei, die heute von allen Schichten der Bevölkerung betrieben wird, ein Ende machen. Die Brotkarte wird nach dem Fortfall der Umlage natürlich nur die Mengengabe und nicht den Brotpreis rationieren können. Aber schon diese Maßnahme wird beruhigend wirken, da tatsächlich Brot genug zur Verfügung steht, wenn die Hamsterlei, die die Rabukteren auf Kosten der Schwächeren betreiben, unterbunden wird.

Dollarkurs vom Sonnabend 418 450 000 000.
1 Goldmark = 100 369 047 619 Papiermark.

Wie will Stresemann weiter regieren?

Zusicherungen an die Demokraten. — Der Reichspräsident gegen Reichstagsauflösung. — Ein volksparteilicher Reichsinnenminister?

Der „Soz. Parlamentsdienst“ meldet: Die demokratische Reichstagsfraktion hat sich sowohl am Sonnabend vormittag wie nachmittag eingehend mit der innen- und außenpolitischen Lage beschäftigt. Sie beauftragte in den vorgehenden Abendstunden ihren Fraktionsvorsitzenden, bei dem Reichstanzler vorzusprechen und von ihm bindende Erklärungen über die kommende Politik zu verlangen. Herr Stresemann sagte gemäß dem Wunsch der demokratischen Fraktionsführer zu, daß er sich für die Fortführung der großen Koalition in Bremen einsetzen werde, außenpolitisch eine Verständigungspolitik betreiben werde und im Innern die Wahrung der Reichsautorität endlich ihre Durchföhrung auch gegenüber Bayern erföhren soll. Unter diesen Umständen dürfte die demokratische Fraktion, die am Dienstag erneut zusammentritt, beschließen, das rein bürgerliche Kabinett Stresemann vorläufig weiter zu unterstützen.

Am Sonntag vormittag trat im Reichstag auch die Zentrumskfraktion zur Besprechung der durch den Austritt der Sozialdemokratie hervorgerufenen Lage zusammen. Unter Führung des früheren Reichstanzlers Dr. Wirth wurde an dem Vorgehen des Zentrumsministers Dr. Brauns in der Reichsregierung scharfe Kritik geübt und ebenfalls das Verlangen nach Klarheit über die künftige Innen- und Außenpolitik verlangt. Ob Herr Stresemann die Stimmen der bürgerlichen Mittelparteien gegen rechts und links retten können, ist doch sehr zweifelhaft.

Stresemanns Wunsch geht vorläufig dahin, nicht vor dem Reichstag zu treten und dessen Zusammentritt möglichst lange hinauszuögern. Das wird vielleicht ein bis zwei Wochen möglich sein, aber dann dürfte zum mindesten die Sozialdemokratie den Zusammentritt des Parlaments verlangen. Der Gedanke Stresemanns, bei der Annahme eines Misstrauensvotums den Reichstag aufzulösen, findet unseres Wissens bei der Stelle, die hierüber auch noch ein Wort zu sagen hat, keine Gegenliebe. Die augenblickliche Parole des Reichstanzlers: Entweder laßt Ihr mich regieren — oder der Reichstag wird aufgelöst, ist unweifellos falsch. Eine Auflösung des Reichstages kommt nicht in Frage, sondern, bevor daran gedacht wird, muß Herr Stresemann gegen.

Der Reichstanzler wird das Justiz- und Wiederaufbauminiisterium vorläufig durch Staatssekretäre verwalten lassen. Das Reichsministerium des Innern beauftragt er einem volksparteilichen Reichsparlamentarier zu übergeben. Es scheint, daß hierfür der frühere Duisburger Oberbürgermeister Dr. Fartas in Frage kommt. Fartas hat sich während des Ruhrkampfes als energiegelocker und mutiger Mann gezeigt. Immerhin vertritt er während der Beratungen über den Abbau des passiven Widerstandes in voller Übereinstimmung mit dem deutschen nationalen Steuerdefraudanten Kartell eine Politik, deren Durchföhrung für unser Volk mehr als verhängnisvoll gewesen wäre.

An die Partei!

Parteigenossen! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Mitglieder aus der Reichsregierung zurückgezogen, weil die bürgerlichen Mitglieder dieser Regierung nicht den ersten Willen hatten, die Reichsgewalt gegen die bayerischen Verfassungsbrecher und Meuterei durchzusetzen, und weil die Mehrheit der Reichsregierung sich weigerte, den militärischen Ausnahmezustand aufzuheben, für dessen Aufrechterhaltung selbst nach der Auffassung der Ministerpräsidenten der Länder kein Grund mehr vorlag.

Als die Sozialdemokratie im August sich zur Beteiligung an der Großen Koalition entschloß, fand sie ein fürchtbares Erbe vor.

Die Reichsfinanzen waren völlig zerrüttet, weil die Cuno-Regierung der Sachminister außenpolitisch keinerlei Erleichterung erreicht und die Kosten des Ruhrkampfes unter völliger Schonung der besitzenden Schichten aus der Notenspreßel bestritten hatte. Die Ausgaben des Reichshaushalts waren zu weniger als einem Prozent durch Steuern gedeckt. Das Volk war in einer Not, wie es sie nicht einmal in den schlimmsten Zeiten des Krieges zu erdulden hatte. Mangel an Lebensmitteln und Not an Zahlungsmitteln, Zunahme der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit trieben immer mehr breite Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und zahlreiche Angehörige des Mittelstandes

in hoffnungslose Verelendung.

In jenen Tagen der Not und Verzweiflung erklärte sich die sozialdemokratische Partei bereit, an einer Regierung der Großen Koalition mitzuwirken, die die Aufgabe haben sollte, durch Zusammenfassung aller zu einer friedlichen Weiterentwicklung bereiten Volkskräfte den Ruhrkampf zu liquidieren, um damit die Voraussetzung zu schaffen für eine Bänderung der schier unerträglich Lage der breiten Massen des Volkes.

Die sozialdemokratische Partei ließ aber keinen Zweifel darüber, daß nach Abschluß der Ruhrkrise sofort alle Voraussetzungen für eine neue wertbeständige Währung geschaffen werden müßten. Für eine solche ist eine Sanierung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Gemeinden erste Vorbedingung. Und diese wieder ist nicht möglich ohne eine brutale Steuerpolitik, die jene besitzenden Schichten gebührend belastet, die sich durch Förderung der Inflation bisher von wesentlichen Steuerleistungen freizumachen mußten.

Von einer solchen Wiederaufbaupolitik wollten aber führende Schichten der deutschen Schwerindustrie nichts wissen. Während sie im besetzten Gebiet mit einem französischen General über die Aufhebung des Abstrudentages verhandelten, legten ihre Vertrauensmänner in der Fraktion der Deutschen Volkspartei

Minen, um das Kabinett zu sprengen.

Ihr erster Vorstoß wurde nur deshalb abgeschlagen, weil die sozialdemokratische Partei mit den zur Mitarbeit bereiten bürgerlichen Kreisen auch den letzten Versuch wagen wollte, um endlich wieder stabile Verhältnisse herbeizuföhren, an denen niemand ein größeres Interesse hat, als der lediglich auf Lohnbezug angewiesene Arbeiter, Angestellte und Beamte.

Da kam den Kreisen, die auch jetzt noch glauben, sich den unvermeidlichen Opfern des Besitzes entziehen zu können, die bayerische Regierung zu Hilfe, die diese Zeit der Not ausnützen will, um

partikularistische Sonderbestrebungen

durchzusetzen. In diesem Bestreben schreckte sie nicht davor zurück, die Verfassung des Reiches zu brechen und die Reichswehr zur Meuterei anzustiften.

Die sozialdemokratischen Reichsminister drängten zu einer klaren Entscheidung in der Ueberzeugung, daß das Reich gegen bayerische Staatsstreicher nicht ohnmächtig ist, wenn es nur will. Aber die bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung konnten sich zu keinem entschiedenen Entschluß aufraffen, während

gegen das republikanisch-sozialistische Sachsen ein ganzes Heer in Bewegung gesetzt

wurde, weil angeblich dort Leben und Eigentum nicht so geschützt waren, wie das die Verfassung vorschreibt. Dabei sind unter dem fürchtbaren Druck der Not in Sachsen nicht mehr Vergehen gegen Person und Eigentum festzustellen, als in den anderen Teilen des Reiches. Wer Leben und Eigentum besser schützen will, der muß der Not zu steuern suchen, der muß den Bedrückten helfen und das Geld dazu dort wegheuern, wo wertbeständige Sachgüter und Devisen die Grundlage einer gesicherten Existenz sind. Aber die Reichsexekutive gegen Sachsen war auch deshalb politisch töricht, weil die sozialdemokratische Partei Sachsens im Begriff war, ohne jeden Druck von außen das Regierungsabündnis mit den fre-

losen und verräterischen Kommunisten zu lösen. Wenn das Vorgehen gegen die sächsische Regierung nicht sofort zum Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister führte, so nur deshalb, weil die endgültige Entscheidung von der Reichstagsfraktion getroffen werden mußte.

Weil die bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung auch jetzt noch nicht den Entschluß faßten, gegen die bayrischen Reichsverderber

aufzutreten, weil sie weiter behaupteten, ohne militärischen Ausnahmezustand nicht regieren zu können, mußte die sozialdemokratische Fraktion den Rücktritt der sozialdemokratischen Reichsminister beschließen. Die Reichstagsfraktion war sich dabei voll bewußt, welche schweren Erschütterungen des Verfassungslebens der deutschen Republik drohen, weil die Putschisten von rechts und weil die Kommunisten von links

dem demokratischen Deutschland den Todesstoß versetzen wollen.

Die Sozialdemokratische Partei wird, gestützt auf die breiten Massen des werktätigen Volkes, die Demokratie gegen jegliche Diktatur zu verteidigen wissen. Sie wird dem deutschen Volk den Boden der Republik erhalten, auf dem allein eine auswärtige Politik des Deutschen Reichs möglich ist. Sie wird außerhalb der Regierung mit ihrer ganzen Macht für eine Besserstellung der breiten Volksschichten eintreten und das zu erreichen suchen, was sie in der Regierung vergeblich fordert hat.

Mehr als je gilt es, das Schlimmste abzuwehren: den drohenden Hungerdod von ganzen Schichten des Volkes, deren Kinder und Greise heute schon kaum noch am Leben zu erhalten sind, während die gefüllten Scheuern der

Agriker ausreichend Lebensmittel zur Ernährung des deutschen Volkes in sich bergen.

In dem Kampf um die Existenz des deutschen Volkes wird die Sozialdemokratische Partei stets und gerne mit den gemerkchaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zusammenarbeiten. Sie lehnt aber ein Bündnis mit denen ab, die, wie die Kommunisten, nur auf die Zertrümmerung der gemerkchaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ausgehen und die eben noch in einem sinnlosen Putsche

mehr als hundert Proletariatsleichen auf dem Pflaster Hamburgs liegen lassen.

Schwere Zeiten stehen uns bevor. Wenn es den rechtsradikalen Elementen gelänge, die Herrschaft des Reiches an sich zu reißen, so würde ihre Herrschaft sicher nur von kurzer Dauer sein, aber unsagbares Elend wäre die Folge. Das Deutsche Reich hält solche Experimente nicht mehr aus. Herrschaft der Rechtsradikalen bringt die

Gefahr des Reichszerfalls in unmittelbare Nähe.

Der Reichszerfall kann nur verhütet werden, wenn die Partei, die seit ihrer Gründung auf dem Boden republikanischer Grundsätze steht, in ihrer vollen Stärke erhalten bleibt.

Deshalb muß die Parole für alle notleidenden Schichten in Stadt und Land sein: Haltet treu zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, deren Einigkeit und Geschlossenheit die stärkste Garantie bietet für die Erhaltung der deutschen Republik, des einzig möglichen Kampfbodens für den Sozialismus!

Berlin, den 3. November 1923.

Der Parteivorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Kartellverordnung — die letzte Maßnahme auf Grund des Ermächtigungsgesetzes.

Die „Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtverhältnisse“ (Kartellgesetz) ist am Sonnabend veröffentlicht worden. Sie wurde nach auf Grund des Ermächtigungsgesetzes beschlossen und tritt am 20. November 1923 in Kraft. Man will denjenigen Verbänden, deren Verträge gegen die Verordnung verstoßen, Zeit lassen, sich auf die Verordnung einzustellen und die entsprechenden Veränderungen in ihnen vorzunehmen. Die Regierung betont, durch die Verordnung die Auswüchse der Kartelle, die Einschränkung der Kartellfreiheit und der Erzeugung, die übermäßigen Mißbräuche und Preissteigerungen, die durch die tatsächlichen Produktionskosten nicht begründet sind, bekämpfen und der „Anbahnung einer leistungsgerechten, der Verbreitung rationaler Produktionsmethoden und einer Vereinheitlichung der Preisbildung“ dienen zu wollen. Sie lehnt eine völlige Zertrümmerung der Kartelle ab, weil dadurch nur in dem kommenden Umstellungsprozess eine große Anzahl gesunder mittlerer und kleinerer Betriebe der finanziellen Übermacht großer Konzerne und Trusts ausgeliefert würden. Die Durchführung der kartellrechtlichen Bestimmungen überläßt die Verordnung dem Reichswirtschaftsminister und einem neu zu schaffenden Kartellgericht. Wenn ein Kartellvertrag die „Gemeinwirtschaft oder das Gemeinwohl gefährdet“, kann der Reichswirtschaftsminister beim Kartellgericht die Nichtigkeitserklärung des Vertrages beantragen oder dem Kartellgericht das Recht der freiwilligen Kündigung des bestehenden Vertrages gewähren. Es sind Maßnahmen vorgezogen, durch die eine Umgehung der Bestimmung verhütet werden soll. Die ausgesprochenen Nichtigkeitsurteile gelten auch für zukünftige Verträge, wenn dieselben Personen oder mehrere von ihnen beteiligt sind und wenn es sich um die gleiche Art von Waren oder Leistungen handelt. Von diesem obrigkeitlichen Eingriff abgesehen, kann jedes Kartellmitglied seinen Vertrag aus wichtigen Gründen kündigen. Als Grund gilt zum Beispiel unbillige Einschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit. Um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, muß jeder Kartellvertrag in Zukunft schriftlich eingereicht werden. Verträge, die moralische Bindung vorsehen, zum Beispiel Ehrenwort, Ehrenerklärung usw., sind an und für sich unzulässig. Abnehmern, die zu unbilligen Geschäftsbedingungen gezwungen worden sind, kann das Kartellgericht ein Rücktrittsrecht von ihren Verträgen gewähren. Das gilt auch gegenüber Einzelunternehmern, wenn eine Gefährdung der Gemeinwirtschaft oder des Gemeinwohls unter Ausnutzung einer wirtschaftlichen Machtstellung vorliegt. Das Kartellgericht wird beim Reichsgericht gebildet und besteht aus einem richterlichen Vorsitzenden, den der Reichspräsident ernannt, und vier vom Reichswirtschaftsminister ernannten, die bestimmten Berufen. Einer dieser Richter muß Reichswirtschaftsgerichtsrat

sein. Zwei Richter werden aus den Wirtschaftsgruppen der betreffenden Parteien ernannt. Sie dürfen aber nicht den Einzelberufen, sondern nur den Spitzenberufen angehören. Der vierte Richter soll eine „achtundvierzigjährige Persönlichkeit sein, von der erwartet werden darf, daß sie die Belange des Gemeinwohls unabhängig von den widerstreitenden wirtschaftlichen Interessen vertreten wird.“ Die zurzeit bestehenden freien Schiedsgerichte in Kartellangelegenheiten sollen keineswegs ausgeschlossen werden. Der Reichswirtschaftsminister kann die in geeigneten Fällen das Verfahren zunächst vor diesen Stellen einleiten.

Eine Verordnung gegen die Kurstreiber der Goldanleihe.

Über auch Vermehrung der wertbeständigen Zahlungsmittel. Die unruhige Kurstreiber der Goldanleihe im freien Verkehr der Berliner Börse hat die Reichsregierung zu einer Verordnung veranlaßt, die von jetzt ab die Goldanleihe des Deutschen Reiches und ihren Handel nur zu einem Einheitskurs zuläßt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Ueber die Bedingungen, zu denen Goldanleihe bei Kartengeschäften zu verbriefen ist, sagt die Verordnung: Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches darf als Kautions für Waren oder Wertpapiere nur zum letzten amtlichen in Berlin notierten Kurs des Tages des Geschäftsabchlusses hingekauft und angenommen werden, und zwar zum Gold- oder Briefkurs oder einem dazwischenliegenden Kurs.

Bei Preissteigerung in einer ausländischen Währung oder in Goldmark kann die Hingabe oder Annahme auch mit der Maßgabe erfolgen, daß die Zahlung der Goldmark oder des auf Dollark umgerechneten Betrags der ausländischen Währung in wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reiches zum Nennwert erfolgt. Die Einräumung eines Preisabstufungs für den Fall der Zahlung in wertbeständiger Anleihe des Deutschen Reiches bleibt unberührt.

Die Regierung hat gleichzeitig aber auch weitere Maßnahmen getroffen, der Kurstreiber an wertbeständigen Geld abzuwehren. Da bei der Einführung von Goldanleihe die Höchstgrenze von 500 Millionen Mark nicht überschritten darf, soll die Schaffung eines wertbeständigen in industriellen Kollgeldes begünstigt werden. Das Reichsfinanzministerium gibt deshalb nach im Laufe dieser Woche dreiprozentige, im Jahre 1922 einlösliche Goldmarken auszugeben bis zu einem Betrage von 500 Goldmarken heraus, deren abnehmender Betrag auf 500 Mark = 100 Goldmark laute. Die Stücke dienen dem industriellen Kollgeld als Deckung. Die gerundete müssen den Verkehr tragen: „Das Kollgeld ist gedeckt nach Maßgabe der Bestimmung der Reichsregierung.“ Mit der Ausgabe kann, da auch die Bedingungen für erfolgreiche Einzahlung bei der Reichsbank als Deckung gelten, sofort begonnen werden. Damit fällt das Hauptargument gegen die so-

fortige Durchführung der wertbeständigen Zahlungsmittel, der gestrige Umlauf an wertbeständigen Zahlungsmitteln, fort. Andererseits beginnt eine Vermehrung der „wertbeständigen“ Zahlungsmittel ohne Deckung, die nicht unbegrenzt fortgesetzt werden darf, wenn nicht neue Inflation eintreten soll.

Die Kampfweise der „Schlesischen Zeitung“.

Während die „Schlesische Zeitung“ gewöhnlich Wert darauf legt, ihre deutschnationale Politik wenigstens in der äußeren Form gemäßigt aufzumachen, glaubt sie neuerdings — ganz wie in den Kapp-Putschzeiten — darauf verzichten zu können. Sie greift zu ihrem letzten Angriff gegen uns unseren Leitartikel vom Sonnabend heraus und zeigt die Vergrößerung ihrer journalistischen Methoden schon dadurch, daß sie den nichtgenannten Verfasser herauszufindeln sucht; sie vermutet unseren Genossen Löbe dahinter. Dann geht sie zu der Funktionärerklärung vom Freitag über, wobei sie den Referenten als „den jüdischen Volksrechtredakteur Birnbaum“ vorstellt. Wir könnten mit gleicher Münze heimzahlen und anfragen, ob vielleicht der jüdische Redakteur Lichtenstein der „Schlesischen Zeitung“ diesen Angriff geschrieben hat, der ja für die Person unseres Genossen Löbe schon immer ein besonders liebevolles Interesse hatte. Wir könnten uns erkundigen, warum die „Schles.“, die denn gar nichts gegen jüdische Inserenten hat. Aber wir erinnern uns, daß erst kürzlich der Leitartikel der „Schlesischen Zeitung“ die jüdischen Juden umschmeichelt hat, von denen er feststellte, daß sie Herrn v. Raab näherstünden als den Marzisten. Antisemitismus liegt ihr also sicher fern, wenn es sich nicht gerade um links stehende Juden handelt.

Die Plumpheit der Angriffe der „Schlesischen Zeitung“ zeigt sich aber in ganzer Größe erst, wenn sie die Veramlung unserer Funktionäre als eine Veramlung der „von Arbeitergroßen bezahlten“ Parteifunktionäre hinstellt. Die Sozialdemokratie hat über 800 Funktionäre allein in Breslau, und ist leider nie in der Lage gewesen, diese zu bezahlen. Das wissen die Breslauer Arbeiter ganz genau und sie wissen daher auch, was sie von der verächtlichen Hebe der „Schlesischen Zeitung“ zu halten haben. Die Bezahlung unserer Parteifunktionäre in der Zeit der Geldentwertung lag dauernd unter dem ortsüblichen Tagelohn — auch das weiß die Masse unserer Parteimitglieder — die Lebenshaltung unserer weniger vollständig tätigen und daher bezahlten Funktionäre ist wahrhaftig streng proletarisch bezahlt und unbezahlte Funktionäre können stolz auf den Angriff des Junterblattes sein.

„Sozialistische Resignation“ glaubt die „Schlesische Zeitung“ aus unserer Stellungnahme feststellen zu können, weil wir die Anwendung der härtesten Mittel des Klassenkampfes im gegenwärtigen Zeitpunkt widerraten haben. Das deutschnationale Blatt verrät mit seinen Angriffen gerade gegen den Rat zur Mäßigung, daß ihm gegenwärtig ein wildes Losgehen der Arbeiter als Vorwand für mancherlei sehr willkommen wäre. Die Arbeiter können aus dieser Stellungnahme der Gegner lernen, wenn sie sich vor Augen halten, daß man immer das tun muß, was der Gegner nicht will. Der „Schlesischen Zeitung“ aber sei gesagt, daß die Besonnenen Sozialdemokraten auf Grund der Entwicklung im Ausland alles andere als resigniert sind, daß sie sich aber auch fürchten, wenn sie glauben, daß ein wildes Losgehen der Arbeiter nicht wenigstens so weit führen würde, daß auch die beherrschenden Klassen in Deutschland ruiniert wären. Dem besonnenen Teil der Arbeiterbewegung liegt nichts an diesem Ruin, weil er daraus kein Glück für die wertfällige Bevölkerung ermarket. Wenn die Politik des Bürgerturns absichtlich alle Schranken der Besonnenheit auf unserer Seite unterwühlt, dann wird sie auch die Früchte zu ernten haben.

Vom militärischen Ausnahmezustand.

WB. meldet aus Dresden: Der Befehlshaber im Wehrkreiskommando hat den Polizeioberst Dr. Schühlinger bis auf weiteres seines Dienstes entzogen. Maßgebend hierfür war, daß verschiedene Anläufe der letzten Zeit zeigten, daß es dem Polizeioberst Dr. Schühlinger seiner ganzen Einstellung nach schwer falle, sich in die Unterstellung der Polizei unter das Wehrkreiskommando zu finden.

Die Antwort auf solche Maßnahmen gegen reichs-treue und rechtliche Sozialdemokraten, die so schwach mit Allgemeinheiten begründet werden müssen, kann nur in einer Verstärkung des Rufes nach der Beseitigung des Ausnahmezustandes bestehen.

Deutsche Mark wird in New York nicht mehr genommen.

Reuter meldet aus New York, daß die Banken und Wechselstuben den Handel mit der deutschen Mark eingestellt haben. Der New Yorker Kurs war schon lange nur von deutschen Spekulantem gemacht, da andere Geschäftleute deutsche Mark nicht mehr nahmen.

Der Kampf am Dover.

Roman von Victor Hugo.

18] Beide sahen würdevoll aus, aber von verschiedener Würde. Der Alte hatte das, was man Amtswürde nennt. Der Junge hatte natürliche Würde. Es waren, wie ihre Kleidung zeigte, Männer der Kirche.

Was bei dem Jungen vor allem verblühte, war die Tatsache, daß dem Grafen, der tief aus seinen Blüten sprach, kein launiges Lächeln in nichts entwich. Da er Pflanz war, mußte er mindestens fünfundsiebzig Jahre alt sein. Er sah aus wie ein alter Mann, er war blond, zottig, kräftig, sehr fein und ganz mit mächtigen Wangen und sehr engen Händen. Alles an ihm war Kraft und Energie. Das aufrechte Gehen, das feste, fast knöchelnde Gehen, das war natürlich und kraftvoll. Er trug die Grazie eines Hagens und zugleich den tiefen Ernst eines Bischofs. Unter den blonden Haaren trat die Stirn hoch hervor, rein und edel blickend. Seine durchdringende Augen sahen tief in die Seele der Menschen. Er schien mit dem graubärtigen Geistlichen, den er begleitete, einen so tiefen Blick der Seele, beim zweiten der Vater zu sein.

Dieser andere war seine Schwärze Jaquemin Herodes. Meist beherrschte er so in seine Gedanken vertieft, daß der Eintritt der beiden Pflanz nur ein Jucken der Augenbrauen bei ihm bewirkte.

Der junge Jaquemin trat heran, grüßte, betratete mit einigen etwas phrasenhaften Worten seine neue Berufung, und gestand, daß er hier wäre, um den neuen Pflanz von St. Germain nach der Bitte bei den Ständesperenzen des Kirchspiels und vor allem bei Meist Lehterrn einzuführen.

Der alte Herodes sah an. Der junge Geistliche, der Pflanz Ebenezzer, verneigte sich. Meist Lehterrn betrachtete Herrn Ebenezzer sanft und bräunliche für sich: Schlichter Mantel.

Erne kräftige Schritte. Die beiden Geistlichen setzten sich am Tisch nieder. Seine Schwärze Herodes hing logisch ein Gespräch an. Er hatte erfahren, welches Unglück diesem Hause

widerfahren war. Die Dürande hatte Schiffbruch erlitten. Er kam als Diener der Kirche, um Tisch und Stuhl zu spenden. Dieser Schiffbruch war ein Unglück gewiss, aber auch ein Glück. Denn betrautes wir es genau. Was wir nicht übermäßig geworden im Glück? Die Wässer der Freude sind voller Gefahren. Man muß nicht alles überhandnehmen für sich halten. Die Wege des Herrn sind wunderbar. Reich sein heißt in Gefahr sein. Jeder hat seine Freunde, die Tränen verheißt sie. Man bleibt allein. Solus eris. Lehnen wir uns nicht gegen die unergänzlichen Wege der Vorkehrung auf. Nachdem sich im Abend geliebt hatte, wurde sein Reichthum verheißt. Wer konnte wissen, ob der Untergang der Dürande nicht durch andere Güter aufgehoben werden würde.

Grace und Dover, die auf der Schwelle standen, lauschten den heiligen Worten mit Hungerlichkeit.

Meist Lehterrn, von Niederdrücklichkeit und Gedankenabwesenheit erfüllt, hörte nicht zu. Der alte Herodes, nachdenklich und mit gekrümmten Augen, brachte in diese so wenig belebte Unterhaltung noch den Jüngling, den ein stummer Zuhörer ansah. Ein Jüngling, der nichts redet, ist eine unbestimmte Bezeichnung der Unwissenheit. Seine Schwärze Herodes wurde davon übrigens nicht beirrt. Er sagte fort:

Der Graf kommt von den Pflanz, aber die Eingebung von Gott. In dem Akt, den ein Pflanz erteilt, liegt göttliche Eingebung. Es ist gut, ihn anzusehen, verhängnisvoll, ihn in den Blick zu schlagen.

Meist Lehterrn nickte mit der Faust auf den Tisch. Zum Donnerwetter noch einmal, ich bin krank, weiter nichts. Was meinen Sie damit? fragte Herr Jaquemin.

Ich sage, es ist ganz offensichtlich meine Schwärze.

Wie Schwärze, wie? Ich habe bestimmt, daß die Dürande Freitag fährt.

Herr Jaquemin schätzte Herrn Ebenezzer ins Ohr: Der Mann ist abergläubig.

Er erhob seine Stimme und sagte in beschwörendem Ton: Meist Lehterrn, es ist fraglich, ob den Freitag zu glauben. Solche Reden darf man nicht glauben. Der Freitag ist ein Tag wie jeder andere. Die Lage ein Glückstag. Meines grübelte die Stadt inausgänzlich an einem Freitag. Am Freitag übertrag Heinrich VII. an Johann Cabot seine Herrschaft. Am Freitag, den 22. Februar 1732, wurde Washington geboren. Christoph Columbus entdeckte Amerika am Freitag, den 12. Oktober 1492.

Nach diesen Worten stand er auf. Ebenezzer erhob sich ebenfalls. Grace und Dover, die annahmen, daß die Herren fest Abschied nehmen würden, machten beide Tritten weit auf. Meist Lehterrn sah und hörte nichts.

Herr Jaquemin sagte heimlich zu Ebenezzer: Er grüßt Sie nicht einmal. Das ist schon nicht mehr Kummer, das ist Zurückhaltung. Er muß ganz den Kopf verloren haben.

Während er das sagte, nahm er seine kleine Bibel vom Tisch und hielt sie zwischen den Fingern, wie man einen Vogel hält, der entfliehen will. Diese Haltung weckte bei den Anwesenden eine gewisse Erwartung. Grace und Dover reckten die Köpfe.

Seine Stimme wuchs an und wurde so majestätisch wie möglich. Meist Lehterrn, trennen wir uns nicht, ohne eine Seite in dem heiligen Buche miteinander gelesen zu haben. Die Bibel, zufällig aufgeschlagen, gibt göttliche Erleuchtungen. Sie eignen sich vornehmlich für geschlagene Seelen. Man schließt Vindicta aus der heiligen Schrift. Bei Traurigkeit muß man das heilige Buch betrachten, ohne eine besondere Stelle zu wählen, und als dann aufrichtigen Herzens die Worte lesen, die das Auge zuerst erblickt. Was der Mensch nicht wählt, wählt Gott. Gott weiß, was uns not tut. Sein unfaßbarer Finger zeigt auf die unerwarteten Worte, die wir erblicken. Sei die Seite, wie sie wollte, sie erleuchtet uns unsehbar. Unser Schicksal steht geheimnisvoll in den Worten geschrieben, die wir voll Vertrauen und Ehrfurcht anschauen.

Der ehrwürdige Jaquemin löste die Spange der Bibel auf, legte die Hand einen Augenblick auf die Seite, die aufgeschlagen war, sammelte sich und las dann, die Augen würdevoll gelenkt, mit lauter Stimme:

„Jauch aber kam vom Brunnen des Lebendigen und Scherben, auf dem Wege, der von Freitag führt.“

Auf Rebekka hob ihre Augen auf und sprach: Wer ist der Mann, der uns entgegenkommt?

Da lächelte Jauch in sein Zelt und sie ward sein Weib und er genas die Heil.

Ebenezzer und Deruchette sahen sich an. (Fortsetzung folgt.)

Wie es zur Reichsexekution in Sachsen kam.

Gegen Geschichtsfälschungen von rechts und links.

Genosse Wlth. Dittmann vom Parteivorstand, der führende USV-Führer, schreibt im „Vorwärts“:
Wie lagen die Dinge? Unter Führung des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner hatte die sächsische Sozialdemokratie das Exekutivamt einer Regierungskoalition mit den Kommunisten gemacht, die sich verpflichtet hatten, im Rahmen der Reichsverfassung und der Landesverfassung gemeinsame Politik mit der Sozialdemokratie zu treiben. Wer die militärische Organisation der Kommunisten kennt, die eine absolute Unterwerfung unter die Befehle von Moskau und Berlin bedingt, wer weiter die Einstellung der Moskauer Zentrale auf eine unmittelbare den Reichsregierung blühende Revolution in Deutschland kennt, der mußte starke Zweifel hegen, ob das Experiment, die Kommunisten zur Realpolitik zu bringen, gelingen werde.

Wald zeigte auch eine Rede des kommunistischen Finanzministers Böttcher und dann eine Rede des kommunistischen Ministerpräsidenten Brandier die Berechtigung solcher Zweifel. Der propagandistische Einmarsch der Reichswehr in Sachsen geschah die Anklage realpolitischer Einstellung der kommunistischen Führerschaft wieder völlig, wenn sie überhaupt etwas anderes als eine Waise zur Verbedung politischer Willkür war. Jedenfalls übertrug unter dem Einfluß der Propaganda der Reichswehr die politische Einstellung wieder die kommunistische Führerschaft. Das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie, die die Parole „Licht und nicht Propaganda“ ausgegeben hatte, wurde dadurch immer schwieriger, auch im sächsischen Kabinett.

Die Dinge hatten sich am Dienstag, den 23. Oktober, bereits so weit zugepunkt, daß der Ministerpräsident Dr. Zeigner, der Vater der Koalition mit den Kommunisten, in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion erklärte: „Ich werde die beiden kommunistischen Minister entlassen!“ Die Reaktion hielt den Genossen Zeigner noch einmal von diesem Schritt zurück, aber drei Tage später, am Freitag, den 26. Oktober, erklärte Genosse D. Zeigner in der Landtagsfraktion aufs neue das weitere Zusammenarbeiten mit den Kommunisten für unmöglich und forderte, daß die sächsischen Parteimitglieder sofort zusammenzutreten müßten, um die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, damit er beim Wiederzusammentritt des Landtags am Dienstag, den 30. Oktober, mit einer entsprechenden Erklärung vor dem Landtag treten könne.

Der innerliche Bruch der Sozialdemokratie mit den Kommunisten war also bereits unumkehrbar, als am Tage darauf, Sonnabend, den 27. Oktober, gleichzeitig mit dem Ultimatum ein Aufruf unterschrieben „Der Landesvorstand der SPD“ und „Die kommunistische Landtagsfraktion“, zur Kenntnis der sächsischen Regierungsmitglieder kam, der dem Landtag die Forderung der gemeinsamen sozialistisch-kommunistischen Regierung, die der Ministerpräsident Dr. Zeigner von der Spitze des Landtages aus am Dienstag, den 23. Oktober, gegenüber dem Vorgehen der Reichswehr in Sachsen proklamiert hatte, als Dokument hier in ihren entscheidenden Parteien wieder gegenübergestellt.

Ministerpräsident Dr. Zeigner am 23. Oktober im sächsischen Landtag:

Ich richte im Namen der sächsischen Regierung von dieser Stelle aus die dringende Warnung an die sächsische Bevölkerung:

Genossen! Sie nicht die Leiden unseres Landes durch Ungehörigkeiten. Halten wir im Gefühl unserer Rechte selbst Ordnung, sorgen wir dafür, daß die Reichswehr keinen Anlaß hat, einzuschreiten, oder, wie es heute heißt, „verfassungsrechtliche“ und geordnete Verhältnisse herzustellen!

Ungewöhnliche Entschlossenheit und eiserne Disziplin wird von der sächsischen Bevölkerung verlangt, nur weil hier die sächsische Proletariat sich geemigt hat, weil die Regierungsgewalt in den Händen der proletarischen Partei liegt, weil wir nach wie vor das Schicksal der Republik im Reich sind sein werden. Die Bevölkerung muß diese Entschlossenheit und eiserne Disziplin aufbringen im Interesse ihrer schwerbedrohten Existenz als demokratischer Staat. Und die sächsische Bevölkerung wird diese Disziplin aufbringen, — trotz den Handlungen, die immer wieder die Erregung in ungeheurer Ausmaße steigern.

Man vergleiche beide Dokumente miteinander und wird feststellen müssen, daß der kommunistische Aufruf, der auffordert, die Provokationen der Reichswehr mit Provokationen durch die Arbeiterklasse zu beantworten, der Parole ins Gesicht schlägt, die

Genosse Dr. Zeigner im Landtag im Namen der sächsischen Regierung — also auch der Kommunisten — ausgegeben hatte. Die Befolgung des kommunistischen Aufrufs mußte zu Zusammenstoßen mit der Reichswehr führen, die nach der Parole des Genossen Dr. Zeigner unter allen Umständen vermieden werden mußten. Dieser Aufruf, hinter dem Rücken der Sozialdemokratie von den maßgebenden Instanzen der SPD, herausgegeben, war ein Akt beispielloser Treulosigkeit und bedeutete praktisch den Bruch der Regierungskoalition durch die Kommunisten. Die Parteimitglieder der Sozialdemokratie brauchen jetzt nur nach diese Tatsache festzustellen und daraus die Konsequenzen für eine Umwidmung der sächsischen Regierung zu ziehen, die nach der Zusammenlegung des Landtages — 40 Sozialisten, 20 Deutschnationale, 18 Volksparteier, 10 Kommunisten, 8 Demokraten — nur durch Verständigung mit den Demokraten und dieser mit den Volksparteiern möglich war.

So sicher wie das Amen in der Kirche wäre diese Klärung am Dienstag, den 30. Oktober, im Landtag erfolgt — wenn nicht das Ultimatum des Reichstanzlers am Sonnabend, den 27. Oktober, dazwischen geschlagen wäre und künstlich und gewaltsam die bereits innerlich erledigte sozialistisch-kommunistische Koalition wieder äußerlich zusammenbrachte. Durch das Dresdener Wehrkommando hatte der Reichstanzler den kommunistischen Aufruf früher als die sächsische Landesregierung — der durch die Militärdirigatur die Exekutivorgane entzogen waren — zur Kenntnis bekommen. Statt den Aufruf der Landesregierung mit der Aufforderung zu übermitteln, zu ihm Stellung zu nehmen, benutzte ihn der Reichstanzler lediglich zur Begründung seines Ultimatus an die sächsische Regierung, sofort zurückzutreten. Dieses unglückliche Vorgehen hatte die bekannten Folgen: Die sächsische Regierung wies das Ultimatum am Sonntag, den 28. Oktober, zurück, am Montag, den 29. Oktober, erschien Dr. Zeigner als Reichskommissar in Dresden und setzte die sächsische Regierung mit Militärgewalt ab.

Bei der Beratung, die die sozialistischen Regierungsmitglieder am Sonntag, den 28. Oktober, mit den Parteimitgliedern über das Ultimatum abhielten, schlug der Ministerpräsident Genosse Dr. Zeigner in Konsequenz seiner Haltung vom 23. und 26. Oktober vor, daß er dem Reichstanzler antwortete: er wies das Ultimatum als verfassungswidrig zurück, erkläre aber aus eigenem Entschluß, daß die Kommunisten von der Reichsverfassung abgewichen seien und die Basis verlassen hätten, auf der mit ihnen die Regierung gebildet worden sei, er habe deshalb die kommunistischen Minister Böttcher und Hedert aus ihren Ämtern entlassen und werde am Dienstag, den 30. Oktober, dem Landtag seine Demission unterbreiten. Genosse Dr. Zeigner war sich völlig darüber klar, daß der von den Kommunisten schon vor dem Ultimatum herbeigeführte Zusammenbruch der Koalition, deren Hauptträger er gewesen, als vollkommene Selbstverständlichkeit seine Demission als Ministerpräsident zur Folge haben müsse. Deshalb war seine persönliche Haltung am Sonntag absolut korrekt und ein Zeichen beispielloser persönlicher Unterordnung unter die allgemeinen Interessen. Wären die sächsischen Parteimitglieder am Sonntag dem Genossen Dr. Zeigner gefolgt, so wäre wohl die Einsetzung des Reichskommissars und die Absetzung der sächsischen Regierung unterblieben, aber die Versicherung, daß die Entschlüsse zum Bruch mit den Kommunisten und zur Demission aus eigenem Entschluß und nicht unter dem Druck des Ultimatus erfolgt seien, hätte in der Öffentlichkeit schwerlich Glauben gefunden. Was freier Entschluß war, wäre als Unterwerfung unter das Ultimatum ausgelegt worden. Wesentlich aus dieser Erwägung fiel die Entscheidung am Sonntag in der gemeinsamen Beratung der parteigenösslichen Regierungsmitglieder mit den Parteimitgliedern: Das Ultimatum wurde abgelehnt unter Berufung auf seine verfassungsrechtliche Unzulässigkeit, ohne daß gesagt wurde, welche Konsequenzen aus eigenem Entschluß zu ziehen man bereit war. Hätte es der Reichstanzler nicht so frühzeitig eilig gehabt, mit der Einsetzung des Reichskommissars und dieser mit der Absetzung der sächsischen Regierung, so hätten unsere Genossen am Montag das Verhältnis mit den Kommunisten bereinigt und am Dienstag hätte Genosse Dr. Zeigner eine entsprechende Erklärung im Landtag abgegeben. Dann wären die Forderungen des Ultimatus gegenstandslos gewesen, die Neubildung der Regierung ohne die Kommunisten und ohne Gen. Dr. Zeigner hätte sich von selbst ergeben. Was in der Nacht zum 30. Oktober im sächsischen Landtag geschah, ist die Bildung des sozialistischen Ministerkabinetts, die Bildung des sozialistischen Ministerkabinetts, die schon vor dem Ultimatum eingetreten waren und ist in keiner Weise die Folge des Ultimatus, das nicht nur ein politischer Gewaltakt, sondern auch eine Riesendummheit war.

Bekanntlich war die „Absetzung“ der Regierung Zeigner ein Reichsbruch Dr. Heines, der dazu durch Ebert nie ermächtigt war. Die SPD-Minister sind ja deswegen zurückgetreten.

Der frühere Ministerpräsident Genosse Dr. Zeigner ist zum Landesrichterdirektor beim Landgericht Dresden ernannt worden.

Vom Amtsgericht Dresden ist gegen den bisherigen kommunistischen Ministerialdirektor Brandier Haftbefehl erlassen worden.

gezahlt werden, daß der Durchschnittslohn, gemessen am Dollartar, nicht um mehr als 15 Prozent sinken darf. Das würde bedeuten, daß auch der Reallohn mindestens 4,05 Gold je Schicht an der Ruhr betragen muß.

Man kann auch an dieser Vereinbarung noch kritisieren, wie es die Kommunisten sicherlich tun werden, aber gemessen an den unendlichen Schwierigkeiten, vor denen der Bergbau steht, ist die Vereinbarung für die Bergleute ein Erfolg.

Der Aktionsausfluß der Angestelltenräte bei den Reichs- und Staatsbehörden

übermittelt uns folgende Rundgebung:
Die von der Reichsregierung endlich aufgegriffene Forderung des deutschen Volkes, die Reichs- und Staatsverwaltungen und Betriebe zu vereinfachen, machen wir zu unserer eigenen, weil eine wirtschaftliche Umgestaltung des Verwaltungskörpers eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes ist. Die angeordnete Personalverminderung im Verwaltungsapparat bedeutet jedoch keinesfalls eine Umgestaltung nach der wirtschaftlichen Seite, denn eine solche erfordert zunächst schärfsten Absau des Bürokratismus, Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens und endlich Vereinfachung der Gesetzgebung. Die Durchführung dieser drei Gesichtspunkte würde eine selbsttätige Personalverminderung zur Folge haben.

Die Personalverminderung darf nur nach dem Gesichtspunkt der Auslese des Tüchtigsten erfolgen, weil fachliche Ausbildung und individueller Eignung die Voraussetzung der Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens bilden. Die angeordnete selbsttätige Entfremdung der Angestellten aus den Verwaltungen widerspricht aber diesem Grundprinzip, weil gerade die Angestellten, die ihre Berufsausbildung im Wirtschaftsleben erhalten haben, auf Grund ihrer fachlichen Ausbildung und ihrer individuellen Eignung in die Verwaltung gerufen wurden, um einen belebenden Ausgleich zwischen dem starren Verwaltungskörper und dem beweglicheren Wirtschaftskörper herbeizuführen.

Im Interesse des Volksganzen muß daher ein restloser Abbau des Angestelltenkörpers abgeleitet werden, da die Wahrung des Angelegenheitsprinzips in den Verwaltungen eine ständige Auslese und daher Verbesserung und Verbilligung des Verwaltungsapparates gewährleisten.

Volle Goldlöhne in der Breslauer Metallindustrie
werden in dieser Woche zur Auszahlung gelangen. Wir werden in der morgigen Nummer unseres Blattes eingehend an der Hand von Beispielen darüber berichten.

Lohnfestsetzung in der schlesischen Holzindustrie.

Die für diese Woche geschlossenen Lohnverhandlungen haben am Freitag vor dem Breslauer Schlichtungsausschuß zu einem Ergebnis geführt. In einem Schiedsspruch sind die Löhne ab 27. Oktober bis einschließlich 18. November in Goldlöhnen festgelegt. Die Löhne in den fünf Ortsklassen, sowie die Abstufung nach Berufsgruppen wie Altersklassen sind gleichzeitig mit geregelt worden. Der Spitzenlohn für die Ortsklasse Breslau beträgt für den Facharbeiter 33 Goldpfennige.

Die Spitzenlöhne in den fünf Ortsklassen sind:
I 11 III IV V VI
33 31 30 28 26 Pfennige.
Der Spitzenlohn der Berufsgruppe in der Ortsklasse II, Breslau beträgt: Für Facharbeiter 33, Hilfsarbeiter 27, Tagelöhner 23, Frau arbeiterinnen 20 und Hilfsarbeiterinnen 16 Pfennige. Die Lohnzahlung soll möglichst in wertbeständigem Gelde erfolgen. Solange dies in größerem Umfang nicht möglich ist, erfolgen drei Lohnzahlungen wöchentlich und zwar Montag, Mittwoch und Freitag. Die Zahlungen erfolgen auf Grund des Goldmarkkurses, der am Freitag zwei Tage, im übrigen einen Tag vor dem Zahlungstage liegt, und zwar in der Höhe der bis zu diesem Tage geleisteten Arbeitsstunden in runder Summe. (Ab Sonnabend, den 3. November, liegen Lohnabkommen auf dem Büro des Deutschen Holzarbeiterverbandes aus. Gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches können die Mitglieder diese abholen.)

Breslau (Land)-Neumarkt.

Entschuldig. Diebstahl von Zugochsen. In der Nacht zum 1. November sind auf dem Vorwerk Althof aus verschlossenem Stall zwei Zugochsen gestohlen worden. Sie wurden bis zu einer in der Nähe des Latorzes liegenden Sandgrube geführt und auf einen Wagen geladen, der in Richtung Breslau fuhr. Beide Ochsen sind gold und Blasse, haben breite Hörner. Der eine von ihnen hat am Hinterviertel zwei große Narben.

Aus Schlesien.

Strehlen. Kommunischer Schwindel. Auf dem Landratsamt Strehlen sollen sich nach den Geheimberichten des Kommunisten Delsner 200 Gewehre, 4 Maschinengewehre und Munition befinden. Die Nachricht ist, wie der Landrat mittels, giatt erfunden und zeigt wohl falsche Gerüchte die einzelnen Ortsgruppen an ihre Bezirksleitungen weitergeben.

Brieg. Ueberfall in einem Zuge. Ein bisher dem Namen nach noch nicht festgestellter Kaufmann ist im Zuge Nr. 230 zwischen Pragwor und Großhohn von einem Mann überfallen und mit einem Messer durch Stichwunden am Kopf schwer verletzt worden. Der Täter wurde durch einen im Nebenabteil sitzenden Kontrolleur und durch das Ziehen der Notbremse bei der Vollendung seines Verbrechens gestört und hat den Zug auf freier Strecke fluchtartig verlassen. Die Fahndungen nach ihm sind ausgenommen. Der Ueberfallene erhielt in Brieg Notverbände.

Ushmannsdorf. Spigububen fischen einen See ab. Einen originellen Gaunertick leisteten sich Berliner Spigububen. Sie erschienen in einem Auto am Ushmannsdorfer See, spannten ihre mitgebrachten Netze und fischten systematisch den ganzen See ab. Die Anwohner waren in dem guten Glauben, daß diese ganze Angelegenheit legal vor sich ginge. Nachdem die Fischfische etwa 20 Zentner halbfundige Schleie in ihr Auto verladen hatten, verabschiedeten sie sich von der interessiert zuschauenden Menge und verchieden in Richtung Berlin.

Vollkornhain. Ausschreitungen. In verschiedenen Ortschaften des Kreises Vollkornhain zogen mit Knütteln bewaffnete jugendliche Mäulerer umher. In Wolmsdorf mißhandelten sie zwei Gutsbesitzer, rissen Radfahrer vom Rade und verprügelten sie, fielen über das Auto eines Gutsbesitzers aus Semmelwurz her und verletzten den Besitzer. In Werderau überfielen sie ein Gut, um nach Ertrag von je zwei Pfund Weizen wieder abzugehen.

Landeshut. So endet das Elend. Die Frau des Inwärtigen Rühner hatte am Sonnabend nachmittags im Krausen-dorfer Forste Holz gesammelt. Auf dem Nachhausewege trat sie mit der Holzbürde auf dem Rücken beim Ueberqueren des Kreisgrabens fest und fiel mit dem Gesicht ins Wasser. Die Holzbürde machte es der 64jährigen Frau unmöglich, sich zu befreien, so daß sie in dem seichten Wasser den Tod fand.

Greiffenberg. Von der Talperre bei Golden-traum. Kürzlich wurde an der nun bereits hochgestellten Sperrmauer der Talperre das letzte Mal der Fahrschub gegeben. Die Mauer erlangt voraussichtlich in etwa vierzehn Tagen ihre erforderliche Höhe. Auch das Bicht an der Mauer erbaute Elektrizitätswerk ist bis auf den inneren Ausbau fertig. Nächstes Frühjahr soll mit dem Anstrichen des Quers begonnen werden. — Mittwoch vormittag legten sämtliche an der Talperre beschäftigten etwa 400 Arbeiter die Arbeit nieder.

Seitendorf. Um ein zerbrochenes Ei. Bei einem Bauer ist ein Kuhfrühd in „Pflege“. Diejenige Kuh ist es nun passiert, ein Ei zu zerbrechen oder es hinfallen zu lassen. Das Kind wurde dafür durch harte Schläge gestraft, so daß es in letzter Angst zur Schwester, die ebenfalls bei einem Bauer ist und die es bei weitem besser getroffen hat, lief und sich ein Ei erbetete. Aber auch der Ertrag nützte nichts, das Kind hatte ja die Strafe schon genügend bekommen und es wird gewiß nicht verfehlen, wenn es einmal wieder nach Hause kommen sollte, von der „guten Pflege“ in Seitendorf zu erzählen!

Reuthen. Teuerungsunruhen. Infolge der katastrophalen Teuerung machen sich Unruhen bemerkbar. Besonders werden Lebensmittelgeschäfte und Bäckereien heimgesucht. Schupoatrouillen durchstreifen die Stadt. Einzelne Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Schupo steht alarmbereit.

Bereinstalender.

Verband der Maier, Seilerer und Ankerer. Mitglieder-versammlung: Dienstag, den 6. November, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses. Wichtige Tagesordnung. Die Jubiläumsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband. Mittwoch, den 7. November, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Vertrauens-männerversammlung. Alle Werkstätten wie Branchen sind eingeladen. Kontrolle: Mitgliedsbuch oder Karte.

Deutscher Eisenbahnerverband. Dienstag, den 6. November, pünktlich 7 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Quartalsversammlung des D. E. B. statt. Tagesordnung außer-ordentlich wichtig. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Kommunistische Gemeinde (Grünstraße 14/16). Dienstag, den 6. November, abends 7 Uhr: Erster Cellularvortrag von H. Gabriel. Haupt-thema: „Einführung in die kommunistische Weltanschauung“. Der Vorstand.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Schiedsspruch im Bergbau.

Der Schiedsspruch, der für den Bergbau am 1. November 1923 wurde, hat eine grundsätzliche Bedeutung. Er verdient deshalb der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden. Er ist aber auch ein Beweis dafür, daß zielbewußte Arbeit der vielgeschmähten Gewerkschaftsführer nicht ohne Erfolg ist. Außerdem dürfte der Schiedsspruch ein geeignetes Mittel, in den Bergbaubetrieben beruhigend zu wirken. Die vereinbarten Durchschnittslöhne für den Bergbau sind folgende:

	Goldmark bei Papiermark einem Dollarstand v. 130 Milliarden
Gebiet von A. Kölnen Braunkohle	147 645 845 000
Sachsen, Dören Stein- und Braunkohle	131 258 005 200
Westfälische Steinkohle	102 000 000 000
Sächsisch-sächsische	90 000 000 000
Sächsische	93 000 000 000
Sächsisch-sächsische	87 000 000 000
Sächsisch-sächsische	93 000 000 000

Ueber die Wertbeständigkeitsmachung dieser Löhne wurden bestimmte Vereinbarungen getroffen. Die erste Anzahlung für die Woche vom 29. Oktober bis 5. November vormittags 6 Uhr erfolgt am Dienstag, den 6. November. Dementsprechend wurde vereinbart: „Diese Durchschnittslöhne werden in dem gleichen Ausmaß aufgebessert, in dem der Markkurs an der Berliner Börse zum 2. November gegenüber dem 1. November 1923 sich vermindert hat. Steigt z. B. die Mark am 2. November um 100, 200 oder 300 Prozent schlechter, so ist die Abschlagszahlung am 6. November um ebensoviele Prozent Papiermark zu erhöhen. Sollte vom 2. November bis zum 6. November der Markkurs weiter sinken, so muß trotzdem am 6. November der Reallohn für die Woche vom 29. Oktober bis zum 5. November in einem Ausmaß

Denk an das Parteiotopfer!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 5. November.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Jungsozialisten. Dienstag, 7 1/2 Uhr, Sprecher: Wichtige Rede. Donnerstag: Mitgliederversammlung. Arbeiterkinderfreunde. Die Helfer treffen sich pünktlich 6 1/2 Uhr zum Vorkursus, Mitzubringen sind Streichholzschachteln, weißes und buntes Papier, Buntstifte und Tusche.

Der Auktionsverkauf von wertbeständigen Zahlungsmitteln

geht lustig weiter und gerade Arbeiter gehen sich zu unserem Bedauern auch weiter dazu her, in der Not ihre paar wertbeständigen Pfennige an den nächsten besten Schieber zu verkaufen, ohne die amtliche Kursfestsetzung abzuwarten. Wir wiederholen unsere Warnung vor solcher Torheit und weisen darauf hin, daß wir von jetzt an jeden Nachmittag den mittags in Berlin festgesetzten amtlichen Kurs vorläufig an unseren Geschäftsräumen an der Hauptstraße und Graupenstraße, und im Gewerkschaftshaus öffentlich anhängen werden. Einige Großbetriebe tun das jetzt nachahmenswerterweise ebenfalls. Geschäftsführer, die die amtlichen Kurse am Nachmittag aushängen wollen und uns das mitgeteilt haben, sind Grüner, Schützenstraße 11, Kaufhaus Kömmerling, Frankfurter Straße und Installateur Peters, Lehmgartenstraße 85. Wir rechnen damit, daß weitere diesem Beispiel folgen werden, um die Konsumenten vor Ueberpreislagen zu schützen.

Die „Schlesische Tagespost“ warnt einen Tag nach uns gleichfalls vor dem neuen Schieberumwesen des wertbeständigen Geldmarktes und behauptet dabei, daß es sich um ein Wert der 3 und 4 handelt. Sicher gibt es auch solche Schieber dieser Art, vor denen genau wie vor anderen zu warnen ist. Wir fragen aber die „Schlesische Tagespost“ hierdurch öffentlich an, ob sie uns für jeden nicht jüdischen Schieber dieser Art, den wir ihr nachweisen wollen, eine Goldmarke zahlen will? Unsere Parteiführer wäre dann auf die kommenden Kämpfe erfreulich gut vorbereitet. Glaubt die „Tagespost“, mit solchen plumpen Äußerungen manövriert von der spekulativen Großverdienerei der dem deutschnationalen Kührer Helfferich so nahestehenden Großbanken ablenken zu können?

Bezahlt die Zeitung im voraus!

Wie schon in der vorigen Woche mitgeteilt, muß auch die „Volkswacht“ den Abonnementspreis im voraus erheben. Die Trägerinnen führen Quittungen über 40 Goldpfennige mit sich, die heute mit

40 Milliarden Papiermark

eingelöst werden können. Der Papiermarkpreis kann morgen leicht höher sein, deshalb bezahlt die Zeitung zunächst am ersten Tage der Woche.

Unglaubliches Verlangen.

Bewohnte Häuser lassen auf Verlangen eines Kapitalisten abgerissen werden!

Aus Siedlerkreisen geht uns folgender Notruf zu: Als der Kapp-Zug in Breslau tobte, verkaufte ein Herr v. Haugwitz sein Rittergut Krosenthal an einen Herrn Kultur-Ingenieur Bietzel in Breslau. Der adlige Rittergutsbesitzer suchte aus ganz bestimmten Gründen die Schweiz als Asyl auf, während der neue Käufer das Rittergut sofort für Siedlungszwecke parzellierte. Den größten Teil der Parzellen erwarb die Genossenschaft für gemeinnützige Siedlung und Wiederaufbau, deren Mitglieder fast durchweg schwer- und leichtschädigte Kriegsveterane sind. Diese legten auf dem sehr vernachlässigten Boden, unter unsäglichem Mühen, fruchtbare Gärten an und bauten sich, um der dringenden Wohnungsnot abzuhelfen, Häuser mit staatl. Unterstützung. So entstanden eine Anzahl von Häusern und ihre Besitzer züchteten sich wohl darin. Als nun in Deutschland wieder die Verhältnisse andere geworden, kehrte auch der adlige Flüchtling zurück und verlangte von dem Käufer sein Gut zurück, dessen Auflaffung wegen geringen Streitwertes noch nicht erfolgt war. Außerdem machte Herr v. Haugwitz geltend, daß er bei Abschluß des Kaufvertrages unter einer gewissen Depression stand. Weiter war im Kaufvertrage ein Formfehler, den das Reichsgericht zugunsten des Herrn v. Haugwitz entschied. Auf Grund dieses Reichsgerichts-Urteils verlangt jetzt v. Haugwitz von 33 Siedlern die nochmalige Bezahlung des schon einmal an Herrn Bietzel bezahlten Geldes und von weiteren 16 Siedlern die sofortige Räumung der Parzellen und den Abbruch der erbauten Häuser. Großmützig bietet v. Haugwitz den Siedlern neues Land an, was erst wieder urbar gemacht werden muß, während er das gute Land für sich behalten will, um es zu vielleicht noch höheren Preisen zu verkaufen. Was sagt vor allen Dingen der Bezirks-Wohnungs-Kommissioner dazu, daß er jetzt erbauter Häuser wieder abgerissen werden sollen, wo die Wohnungsnot eine nicht mehr

zu erreichende Höhe erklimmen hat. Und was meint die Regierung dazu, bei der im Mai die Entzignung für Siedlungszwecke nachgeschaut wurde und mit deren Hilfe die Häuser erbaut wurden, die jetzt wieder abgerissen werden sollen, wenn die Besitzer sich den Forderungen des Herrn v. Haugwitz nicht unterwerfen können. Wie soll die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden, wenn Herr v. Haugwitz sein Vorhaben in die Tat umsetzt. Wir erwarten vom Bezirks-Wohnungskommissioner, daß er sofort Maßnahmen ergreift, damit den Siedlern wenigstens ihre Wohnungen erhalten bleiben.

Ein Brot 80 Milliarden!

Die Arbeitsgemeinschaft der brotverarbeitenden Betriebe hat die Preise für Backwaren mit Wirkung von heute ab wie folgt festgesetzt: Ein Pfund helles Brot 20 Milliarden, das Bierpfundbrot 80 Milliarden, ein Pfund dunkles Brot 18 Milliarden, das Bierpfundbrot 72 Milliarden Mark.

Zeitungspreis 40 Goldpfennige.

Nachdem Handel und Industrie ausnahmslos zur Goldrechnung übergegangen sind, auch wir Papier, Farbe, Blei, und alles was zur Zeitungsherstellung erforderlich ist, nur in Gold kaufen können, müssen wir von dieser Woche ab wie alle anderen Zeitungen den Abonnementspreis in Goldpfennigen berechnen. Leider kamen wir dabei mit dem ehemaligen Friedenspreise nicht mehr aus, da gerade die zur Zeitungsherstellung notwendigen Produkte ganz enorme Preise aufweisen.

Der Preis von 40 Goldpfennigen ist heute außerordentlich niedrig. Die „Volkswacht“ war vor dem Kriege teurer als die kapitalistischen Blätter, die man leider in Arbeiterfamilien auch findet. Nachdem die „Volkswacht“ heute aber in eigenen Betrieben hergestellt wird, sind wir billiger. Auch kleinere Parteiblätter kosten mehr als die „Volkswacht“. So muß z. B. die „Diegiger Volkszeitung“, die nicht im eigenen Betrieb hergestellt wird, von ihren Lesern 45 Goldpfennige fordern.

In den nächsten Tagen dürften Gold- und Papiermarkt in ein festes Verhältnis kommen. Damit können auch wir wieder zu einer festen Grundlage für unser Blatt, auf der wir erneut aufbauen können. Helft uns dabei durch unermüdete Verdienarbeit für die „Volkswacht“ in Fabrik und Werkstatt, Kontor und Bureau.

Invalidenversicherung.

Vom 5. November ab sind nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 2. November an Beitragsmarken zur Invalidenversicherung zu verwenden; bei einem Arbeitsverdienste von monatlich

Table with 4 columns: Lohnklassen, Markten, Markten, Markten. Rows show wage brackets and corresponding contribution amounts.

Die Jahresarbeitsverdienste sind das 52 fache des wöchentlichen oder das 12 fache des monatlichen Arbeitsverdienstes.

Zur Entrichtung der Beiträge werden die bisherigen Marken der Klassen 44-50 verwendet; an Stelle der aufgedruckten Nennwerte treten die oben bezeichneten Marktwerte.

Arbeitgeber, die mit Beitragsmarken für die Zeit vom 1. bis 21. Oktober 1923 noch im Rückstande sind, können bei der Landesversicherungsanstalt Schlesien in Breslau oder ihren Kontrollstellen die Bezahlung von Beitragsmarken der in dieser Zeit geltenden Lohnklassen 36, 40-50 zum zehnfachen Werte unter gleichzeitiger Mitteilung der Zahl der erforderlichen Marken der Lohnklassen, in denen sie zu entrichten sind und der Zeit, für die sie gelten sollen, beantragen. Mit einem solchen Antrage ist zugleich der Geldwert der Marken gebührend einzufügen. Die Verbrennung der Marken an den Antragsteller erfolgt auf dessen Kosten. Anträge, die nicht bis zum 11. November bei der Versicherungsanstalt bzw. den Kontrollstellen eingegangen sind oder den obigen Voraussetzungen nicht entsprechen, sind wirkungslos.

Kursstabelle des wertbeständigen Notgeldes für Schlesien am 3. November.

Table with 2 columns: Mark, Mark. Rows show exchange rates for various denominations of emergency money.

Kurs der Goldmarke: 420 Mark.

Brotversorgung der Kinderreichen.

Die Reichsregierung hat besondere Mittel bereit gestellt, um kinderreichen Familien die Beschaffung des Brotes zu erleichtern. Die Beihilfe ist nur für besonders bedürftige Haushaltungsvorstände kinderreicher Familien bestimmt.

In Familien, in denen der Vater noch lebt, werden das 4. und die folgenden Kinder berücksichtigt; in Familien, deren Vater gestorben ist, das 3. und die weiteren Kinder. Im allgemeinen kommen nur Kinder in Frage, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, letztere nur, wenn sie nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Die Beihilfe wird in Form von 6 Pfund kostenlos abgegebenem Brot monatlich für jedes zu berücksichtigende Kind gewährt. Anträge zur Erlangung der Beihilfe werden, soweit es sich um Mitglieder des Bundes der Kinderreichen handelt, von den Vertrauensleuten dieses Bundes oder in dessen Geschäftsstelle, Schwertstraße 20, an allen Wochentagen entgegengenommen. Alle diejenigen Haushaltungsvorstände, die nicht Mitglied des Bundes der Kinderreichen sind, stellen den Antrag auf Bewilligung der Brotbeihilfe bei dem ihrer Wohnung zunächst gelegenen Familienbezirk des Wohlfahrtsamtes, wochentags in der Zeit von 11 bis 1 Uhr.

Es befinden sich: Familienbezirk I (umfassend die Odenortstadt, nördlich der Ober-Ritterplatz 1, Zimmer 22, Familienbezirk II (Schweitzer Vorstadt) Leffingturnhalle, 1. Stock, Familienbezirk III (Othlauer- und Streblener Vorstadt) Sadowastraße, Wohlfahrtsamt, 1. Stock, Familienbezirk IV (Süd- und Gröblicher Vorstadt) Neuborstraße 45, 1. Stock, Vorderhaus, Familienbezirk V (Nikolai-Vorstadt, Wöpelwitz) Berliner Platz 1a, 3. Stock. Bei der Stellung des Antrages sind unbedingt Ausweispapiere vorzulegen, die besonders über Zahl und Alter der zu berücksichtigenden Kinder Aufschluß geben. Weiter sind nach Möglichkeit Verdienftsbescheinigungen, Lohnbeleg, Gehaltsabrechnungen usw. mitzubringen.

Beitreibung von Reichssteuern.

Die städtische Steuerkasse läßt nunmehr die von ihr zu erhebenden im Oktober fällig gewordenen Reichssteuern, das sind: Einkommensteuer-Vorauszahlungen, Rhein-Ruhr-Abgabe und Umsatzsteuer, soweit sie noch nicht gezahlt sind, zwangsweise Beitreiben. Die Papiermarksteuerschuld ist in jedem Falle nach dem für den Tag der Entstehung der Schuld geltenden Umrechnungssatz für Reichssteuern in Goldmark umgerechnet worden. Die von Vollstreckungsbeamten vorzulegenden Pfändungsaufträge enthalten die Schuld an Steuern und inzwischen aufgelaufenen Zinsen nur noch in Goldmark. Diesen Goldmarkbetrag werden die Beamten mit der Zahl vervielfältigen, die für den Tag der Einziehung als Umrechnungssatz für Reichssteuern in der Presse bekannt gemacht worden ist. Auskünfte über die ursprüngliche Papiermarksteuerschuld und deren Umrechnung in Goldmark kann nur die zuständige Steuerbehörde nicht aber der Vollstreckungsbeamte geben.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche Mittwoch, nachmittags von 1-2 Uhr, am Freitag, nachmittags von 4-5 Uhr, statt. Eingang Gröblichstr. 4. Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Auf den Wohltätigkeitsabend des Breslauer Wohlfahrts- und Armenpflegerinnen-Vereins am Donnerstag, den 8. November, abends 8 Uhr, im Mozartsaal der Hermann-Lage wird nochmals empfehlend hingewiesen. Die Leitung des Abends liegt in den bewährten Händen von Margarethe, die freudigstherweise auch eine Anzahl Kräfte aus ihrer Opernhalle zur Verfügung gestellt hat, während der zweite Teil des Programms von der Lautenschule Hedwig Löbinger bestritten wird.

Seine Silberhochzeit feiert am 5. November das Josefsche Ehepaar Westendstraße 74, von dem auch die „Volkswacht“ seit 25 Jahren gelesen wird. Wir wünschen dem treuen Paar viel Glück auch für das weitere Leben.

Wichtig für Kriegesbeschädigte und Kriegerrückkehrer. Die beim Versorgungsamt Breslau für jeden Dienstag und Freitag festgesetzten Sprechstunden müssen für diese Woche wiederum ausfallen, da das Versorgungsamt abends eine Zwischenzahlung für die Kriegesbeschädigten um zu leisten hat.

Die Gebühr für das Ausrüsten der Feuerwehr bei böswilligem Alarm wird auf 4,50 Goldmark für ein Fahrzeug und die Entschädigung für eine unbefugte zertümmerte Feuermeldebombe auf 0,50 Goldmark festgesetzt.

Warnung vor einem Betrüger. Ein angeblicher Gutbesitzer, 45-50 Jahre alt, etwa 1,88 Meter groß, schlank, mit grauem Haar, kurz verhaartem Schnurrbart, sicheres Auftreten, bietet Kartoffeln preiswert an, nimmt Vorauszahlungen und läßt sich nicht mehr sehen. Er trug zuletzt grauen Anzug. Zweifelhafte Angaben erbittet die Betrugsdienststelle Herrenstraße 16.

Ein Portemonnaie mit 65 Milliarden ist dieser Tage der Frau eines Schwerkranken in der Markthalle am Ritterplatz abhandeln gekommen, der noch eine kranke Mutter und einen Vater, der selbst Invalide ist, mit unterstützen muß. Es wird gebeten, das Geld in unserer Geschäftsstelle abzugeben.

Festgenommen wurden ein Kaufmann, ein Mechaniker und ein Maler, die in der Schweidnitzer Straße vor einem Geldwechselgeschäft Devisen aufkauften.

Arbeiter-Sport

Fußball.

Wader I - Ohlau I 2:2. Zur festgesetzten Zeit trafen sich die Spitzenvereine zum fälligen Verbandsspiel. Ohlau hat Platzwahl und wählte sich den Wind als Bundesgenossen. Wader hat Anstoß. Der Ball wird ihnen abgenommen. Schon in der dritten Minute erzielte Ohlau den ersten Treffer durch einen prächtig verwandelten Eckstoß. In der 39. Minute erhält Wader einen Elfmeter, der durch den Mittelläufer verwandelt wird. Mit dem Stand 1:1 Halbzeit. Gleich nach Wiederanstoß gelang es Ohlau, das zweite Mal einzufinden. Aber auch Wader kam kurz vor Schluß das ausgleichende Tor durch halbrechts erzielen. Mit dem Resultat 2:2 trennt der Schiedsrichter beide Parteien, die von Anfang bis Ende ein heißes Spiel vorführten. Die Ueberlegenheit Waders bewies das Endergebnis von 14:5.

Wader II - Ohlau II 5:0. Vor dem Spiel der ersten, trafen sich die zweiten Mannschaften beider Vereine zum fälligen Serienpiel. Gleich bei Spielbeginn merkte man die Ueberlegenheit Waders heraus. Er konnte aber bis Halbzeit nichts erzielen. Nach Wiederanstoß findet sich Wader besser zusammen und kann in ganz kurzen Abständen 5 Tore erzielen. Beim Stande von 5:0 ist Schluß. Der Schiedsrichter war in beiden Spielen ein umsichtiger Leiter.

Schwerathletik.

Bei dem Mannschaftsrennen der 2. Abteilung des Arbeiter-Sportvereins Breslau gegen Arbeiter-Athleten-Verein Cosel, trugen die Breslauer im Leben, wie im Ringen einen Erfolg davon. Sehr schön gelang es den Ringkämpfern, die von den Jugend-

lichen ausgeführt wurden. Hoffentlich hat diese Veranstaltung dazu beigetragen, weitere Mitglieder den beiden regen Vereinen zuzuführen.

Handballserie des 1. Bezirks, Kreis 14, des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

5. Abteilung Freie Turnerschaft Breslau - 6. Abteilung Freie Turnerschaft Breslau 1:1. Beide Gegener besterten sich ein eifriges Spiel, das technisch besser sein könnte.

1. Abteilung Freie Turnerschaft Breslau, Jugend - 5. Abteilung Freie Turnerschaft Breslau, Jugend 7:0.

11. November: 3. Setz Spielfeld Mannschaften Schiedsrichter 2-3*10 Gombau Frei Heil, Jgd. - Freiheit, Jgd. 1. 6. Abteilung 3*14-25 Gombau Frei Heil - Poseidon 2 1. u. Freiheit 2-3*10 Dsm. Wiese 8. Abt. Fr. T. - Poseidon 1 1. Abteilung 3*14-25 Dsm. Wiese 5. Abt. Fr. T. - Freiheit 1. u. Frei Heil Die wegen schlechter Witterung ausgelassenen Spiele werden am Schluß der Serie nachgeholt. W. J. J. 4. e. Bezirksleiter.

Arbeiter-Kartell für Sport und Körperpflege.

Donnerstag, 8. November, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Kartellversammlung, zu der alle Kartellmitglieder, sowie die in Ausfällen und Kommissionen tätigen Sportgenossen zu erscheinen haben. Als Kopfbeitrag sind für den Monat November für Vollarbeiter 50 Millionen und für Kurzarbeiter 25 Millionen festgesetzt worden. Arbeitsloje und Jugendloje unter 17 Jahren sind beitragsfrei. Dieser Beitrag muß unbedingt bis zum 15. November an Sportgenossen Hermann Land, Andersenstraße 42, abgeliefert werden sein, andernfalls eine Erhöhung desselben eintritt. - Für das 3. Quartal 1923 haben noch die Beiträge abzuführen: Freie Turnerschaft Breslau und die Athletenvereine „Collop“, „Eichenlaub“, „Hercules“ und „Achilles I“; für den Monat Oktober: Freie Turnerschaft Breslau, Schlesische Spiel-

vereinigung, sowie die Athletenvereine „Collop“, „Eichenlaub“, „Hercules“ und „Achilles I“. Sämtliche Beiträge sind in Höhe des Novemberbeitrages zu entrichten. - Vereinsnachrichten werden in Zukunft nur in der Freitag-Ausgabe veröffentlicht. Die Vereinsleiter werden darauf noch einmal aufmerksam gemacht. Der Vorstand.

Arbeiter-Radsportverein Breslau, 3. Abteilung. Infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Abteilungsleitung gezwungen, den für Dienstag, den 6. November, fälligen Vereinsabend, am Sonntag, den 10. November, in der Wohnung des Abteilungsleiters 5. Land, Andersenstraße 42, in der Zeit von 6-9 Uhr, abzuhalten. Zweck des Vereinsabends ist die Entrichtung der Beiträge für Oktober und November. Für die nicht erschienenen Mitglieder, Sonntag, den 11. November, in der Zeit von 8-9 Uhr, bei 5. Land. Ferner für Berlinerstraße, Bergstraße, Schweigerstraße und Frankfurter Straße bis zum ersten Lumen, bei Paul Mater, Schweigerstraße 7, II. Zur Pöpelwitz bei Josef Kante, Rahnstraße 4, II. Infolge der Geldentwertung muß die Abrechnung allmonatlich mit der Bundeskasse erfolgen. Sämtliche Mitglieder haben zu ihrem Nachteil, beim Kartellieren, einen höheren Betrag zu entrichten. Der Abteilungsleiter.

Schwimmverein „Poseidon“ e. V. Der Bäderkreis am Übungsabend beträgt von jetzt ab für Erwachsene 15, für Jugend und Kinder 8 Goldpfennige. Umrechnungssatz am kommenden Dienstag voraussichtlich 1. Milliarde für einen Goldpfennig.

Arbeiter-Sportverein Breslau. Heute Abend 7 Uhr findet bei Sportgenossen Kallan, Wladimirstraße 24, die Kreisversammlung statt.

Arbeiter-Kugler-Verein e. V. Donnerstag, den 8. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8, Mitgliederversammlung. Vorstandsmittglieder 1 Stunde früh im Restaurant. Der Vorstand.

Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Karl Kleber, Lebensmittel
Bergstr. 9 und Markthalle 2, Gartenstraße,
Stadt 263-264, neben dem Wägenam

Kolonialwarenhandlung
Max Kuhnert
Heinrichstraße 13

Fleisch- und Würstfabrik
Kurt Boer, Heinrichstraße 19

Milch- und Butterhandlung
Franziska Müller
Heinrichstraße 19a

Schlesische Metall-Staniol-Verwertungsgesellschaft u. H.
Vinzenzstraße 2
kauft ständig jeden Posten Zinn, Staniolpapier, Staniolkapseln und Staniolröhren zu höchsten Preisen!

Brot- und Weißbäckerei
Artur Zingler
Schießwälderplatz 14

Altmetalle, Papier Lumpen u. Säcke
kauft zu höchsten Tagespreisen
Korn & Co., Schießwälderplatz 8

Gehr. Niché
Zigarrenfabrik Schießwälderplatz 5

Brennholz — Baum-, Rosenpfähle und Leitern
Stroh & Holdinghausen
Schießwälderstraße 14

Firma verw. Frau **Betty Nablelek**
Schießwälderstraße 17 Tel. Ohle 7155
Kolonialwaren, Schokoladen, Zuckerwaren

Richard Gertz
Bäckerei und Feinbäckerei
Schießwälderstraße 21

Lebensmittelhaus
Kolonialwaren — Molkereiprodukte
Oskar Günther
Kohlenstraße 26, Ecke Schießwälderstr.

Kolonialwaren — Schokoladen
Zigarren — Zigaretten
verw. Frau **Emma Sellers**
Schießwälderstraße 29, Ecke Adolfstraße

Fleischerei und Würstfabrik
Karl Walke, Schießwälderstraße 45

Reinhold Richter
Kolonial-, Feinkost- u. Tabakwaren
:: Roßplatz 13 ::

Roß-Schlächtereier
Robert Freitag
Belltafelstraße 9
— Decand geöffnet —

Kolonial- und Lebensmittelhandlung
Heinrich Bernard
Belltafelstraße 13

Ausführung von Dacharbeiten
Gustav Gärtig
Eibbaumstraße Nr. 7

Milch- u. Butterhandlung
Clemens Pohl
Klatschkaustraße 9

Fleisch- und Würstwarenfabrik
Gustav Putzke
Klatschkaustraße Nr. 15 — Tel. Ohle 7397



Zu haben in allen Lebensmittelgeschäften.

Lebensmittelhaus Hauptbahnhof
Inh.: Stachen & Blume
BRESLAU, Bohrauer Straße 13
.. Telefon Ring 1195 ..

Ernst Wallat Hochstraße 5
Tel.: Ohle 4971
Kolonialwaren, Spirituosen, Tabakfabrikate

Josef Silbermann Breslau II
Neudorfstraße 15
Gummiwaren-Großvertrieb

Wild, Geflügel, Ziegenfleisch und Butter
stets frisch zu billigsten Preisen bei
M. Müller Neudorfstraße 39
Tel.: Ring 9382

Paul Finger Neudorfstraße 61
Kolonialwaren

Paul Grüner Neudorfstraße 61
Kolonialwaren

Bruno Nordbruch Neudorfstr. 65
Tel. O. 4768 N.
Kolonialwaren, Konserven, Konditoren, Zigaretten

Kolonialwaren und Spirituosen
kaufen Sie preiswert bei
Karl Preiß, Neudorfstraße 71

Otto Zebulla, Neudorfstr. 78
Billigste Bezugsquelle für
Kolonial- und Fettwaren.

E. Kieslich
Augustastraße 122
Kolonialwaren

Alfred Prokopetz
Gneissplatz 2
Fahrradhandlung Reparaturwerkstatt

Josef Beck
Konditorei — Feinbäckerei
Gneissplatz 4

August Baumbauer
Gneissplatz 7 Sattlermeister Gneissplatz 7
Reparaturwerkstatt für sämtliche
:: Lederwaren und Reisekoffer ::

Heinrich Sonnabend
Schuhmachermeister, Lehmstamm 22
Maß- und Reparatur-Werkstatt
Fertige Schuhwaren

Paul Köhler
Kolonialwaren * Delikatessen
Lehmstamm 33/35
Telephon Ohle 5383

K. Beltz, Schillingstraße 19
Lebensmittel
Milch, Margarine, Butter, Käse etc.

H. Herzig, Bergstraße 28
Spezialgeschäft für Obst und Gemüse

Paul Märsche
Oelsnerstraße 15
Kolonialwaren

Weiß-, Woll- und Kurzwaren
M. Kallmann Adalbertstraße 26

Adolf Menzel Monhauptstraße 20
Stellmacherei und Wagenbau
Verkauf neuer und gebr. Wagen, sowie Reparaturen
Telephon: Ohle 2871

Wasch- und Platt-Haus
Geschw. Irmer
Weinstraße 44

Bonifaz Ullrich
Kornbrennerei und Likörfabrik
Weinstraße 45/49 Telephon Ohle 5083

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
August Frömel
Oelsnerstraße 18 Oelsnerstraße 18

Mehlniederlage Hornstein
Oelsnerstraße 22 Ecke Weinstraße
In Gräditzer Weizenmehl
— Umtausch von Lesegroßgetreide —

Walter Neuser
Kreuzburger Straße 6
Lederhandlg. u. Schuhmacher-Bedarfsartikel

Lebensmittelgeschäft
A. Hoffmann
Michaelisstraße 1
Ecke Matthiasstraße

Alteisen, Altmetalle kaufen
Schneiderlumpen, Papiersäcke
May & Co. Michaelisstraße 6/7.
Telephon Ring 1602.

Paul Richter
Friseur
Michaelisstraße 26.

Konditorei E. Basler
Rebenstraße 12a Ecke Michaelisstraße
Spezialität: Speise-Eis

Anton Tessarz
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Michaelisstraße 21.

Achtung, Produzentenaufkäufer! Durch gute Verbindungen mit Großabnehmern bin ich stets in der Lage, von selbst höchste Dollar-Preise zu zahlen. Ein Versuch macht Sie zum dauernden Kunden.
Scholz, Märkische Straße 20

Max Großmann Berliner Straße 1
Kolonialwaren

Paul Wilber Berliner Straße 17
Kolonialwaren

Adolf Neumann Berliner Straße 58
Fleisch- u. Würstwaren

Oskar Pohl Berliner Straße 59
Kolonialwaren

Kurt Kusche, Berliner Straße 74
Kolonialwaren und Delikatessen

Benno Ascher
Friedrich-Wilhelm-Straße 5
Leinen- und Baumwollwaren

Lothar Lischka Friedrich-Wilhelm-Straße 7
Delikatessen, Kolonialwaren
Liköre + Weine
nur beste Qualitätsware

M. Eltinger, Möbelhaus
Friedr.-Wilhelm-Straße 12, I, am Wachsplatz

A. Menzel Konditorei und Café
Breslau 6, Friedr.-Wilhelm-Str. 20
Telephon Ohle 5557

Heinrich Adler, Friedrich-Wilhelmstr. 37
Kolonialwaren — Delikatessen.

Max Witke, Friedrich-Wilhelmstr. 47
Südfrüchte — Delikatessen — Kolonialwaren

Max Riembeck Kolonialwaren
8 Geschäfte in allen Stadtteilen.

Hohe Tagespreise!
Alt-Eisen
— Metalle
— Papier
aller Art, Bücher etc.
Fech- und Schneidewerkzeuge
Adolf Kupka
Friedrich-Wilhelmstr. 53/55
Fernsprecher Ohle 9283
Freie Abholung

Alfred & Karl Suda
Mehl-Niederlage
Getreideeinkauf :: Umtausch :: Sämereien
Friedrich-Wilhelm-Straße 50 Tel. Ohle 6642

Georg Jander Friedrich-Wilhelm-Straße 29
Kolonialwaren — Delikatessen — Destillation
Telephon Ring 6728

Photo-Atelier Schroeder (Inh. G. Hammer)
Friedrich-Wilhelmstraße 60/62
Aufnahmen und Vergrößerung: aller Art.

Blusen, Kleider, Röcke Kinderkleider
Lager und eigene Maßanfertigung
Hedwig Böhm, Friedrich-Wilhelm-Straße 62

Reinhard Lux
Friedrich-Wilhelmstraße 63
Kolonialwaren — Delikatessen.

Robert Scholz Dessauerstraße Nr. 3 — Haupt-
geschäft: Weißbierbergstraße 45
H. Fleisch- u. Würstwaren

Albert Grieger, Westendstr. 29
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

E. Silbermann Westend-
str. 58/56
Kolonialwaren — Feinkost

Paul Uibrich, Hildebrandtstraße 27
H. Fleisch- und Würstwaren

Nikolai-Kaufhaus
ERICH HIRSCH
Alsenstraße 18
Beste Bezugsquelle für sämtliche Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Wäsche, Herrenartikel!

Karl Langer Alsenstraße 23/25 — Ecke Düppelstraße
Telefon: Ring 9116
Kolonialwaren, Feinkost, Weine, Liköre, Bier u. Seltener

Karl Minze Alsenstraße 89 — Tel. Ohle 5940
Breslau 6 Kolonialwaren :: Delikatessen

Klatt & Jonczyk, Posener Straße 8/10
Kolonialwaren — Delikatessen — Hülsenfrüchte
— Eigene Marinieranstalt und Großbäckerei —

Alex. Stepanienko Posener Straße 13
Kaffee-Spezialgeschäft, Kolonialwaren,
Weine, Tabak, Zigaretten, Liköre etc.

Paul Gebauer, Posener Straße 27
— Kolonialwaren —

Theodor Sambale Posener Straße 61
Ecke Steinmauer Straße
Kolonialwaren-, Feinkost- und Weinhandlung

Paul Sperlich Bergstraße 14
Bäckerei

Alteisen Altmetalle Papier Lumpen
kauft zu höchsten Dollarpreisen

Heinze, Bergstraße 18.

Paul Frühauf Bergstraße 24
Kolonialwaren

Otto Werner Bergstraße 30
Bäckerei und Konditorei

Hermann Hawlitzky Berg-
str. 39
Fleisch- und Würstwaren

Hermann Weißmann
Spezialgeschäft für Partiewaren u. Gelegenheits-
käufe in Kurz-, Weiß- und Wollwaren
nur Höfchenstraße 17

Heinrich Klappholz Höfchenstr. 48, a. d. Anger-
Klinik. Telephon: Ohle 9456
Trikotagen, Strümpfe, Weiß- und Wollwaren
Große Auswahl zu besonders billigen Preisen

Hermann Müller, Kantstraße 3
Lebensmittelgeschäft
Obst, Gemüse, Eier, Käse, Butter, Speise und Seltener

Carl Eichhorn, Kantstraße 30
Kolonialwaren — Delikatessen

Victor Hadaschik
Kolonialwaren — Zigaretten
Kantstraße 61 Monaststraße 109

Druckerei Volkswacht

Moderne, zweckmäßige und saubere
Ausführung aller Drucksachen
preiswert und bei kürzester Lieferzeit

Breslau 2 Flurstraße 4/6